

Die NATO - kein Fühlwohl-Verein

VON JOSEF JOFFE

Über das Bombardement in Bosnien ist fast vergessen worden, daß die NATO noch eine zweite 'Geschäftserweiterung' betreibt, also nicht nur Frieden schaffen auf dem Balkan, sondern auch die Ausdehnung nach Osten. Beide Projekte zur Erschließung neuer Märkte sind bei dem alten Konkurrenten in Moskau nicht auf Begeisterung gestoßen. Aus dem Murren ist ein Grollen und dann ein Zähnefletschen geworden: Wenn die Allianz nach Osten erweitert, droht Jelzin, könnte Europa zum 'Kriegsschauplatz' werden.

Die Schimpfkanonade war wohlkalkuliert, und nicht nur für den Gebrauch daheim, wo die Duma sich einer noch wilderen Anti-NATO-Rhetorik befleißigt. Seit vielen Monaten bastelt das Bündnis an einer Studie, die das Wie der Erweiterung beantworten möge. Vorlage-Termin war der Herbst 1995, was auch Jelzin wußte. Am gestrigen Mittwoch war es soweit; da durfte der Rat der 16 Botschafter die 'interne' Studie begutachten.

Man werde sich von den 'harschen Tönen' aus Moskau nicht beeindrucken lassen, verkündete Klaus Kinkel, derweil Volker Rühle die 'unnötige Sprache der Konfrontation' geißelte. Aber ganz ungehört blieb sie nicht. Man habe den 'Fuß vom Gaspedal' genommen, berichtet ein Bündnis-Diplomat. Trotz der 'Ungeduld der Kandidaten' geht es 'nur um das Warum und das Wie, aber noch lange nicht um das Wer und Wann'.

Damit kann Jelzin sehr gut leben. Um so mehr, als die Allianz noch ein hübsches Stück Zucker nachgereicht hat. Sie will der russischen Forderung nachgeben, die bestehenden Abrüstungsverträge für Europa zugunsten Moskaus zu revidieren. Die Russen - siehe Tschetschenien - möchten nämlich in der 'Flankenregion' (also im Kaukasus) mehr Panzer und Kanonen stationieren als der KSE-Vertrag von 1990 ihnen zugesteht.

Trotzdem wird die NATO den Zeitaufschub zum geschärften Nachdenken nutzen müssen. Die entscheidende Frage ist nicht, ob der Westen einem schwachen Rußland just jenes Veto-Recht über die europäischen Dinge einräumen möge, das er einer starken Sowjetunion vierzig Jahre lang standhaft verweigert hat. Im Gegenteil: Je mehr Moskau böllert, desto legitimer wird der Wunsch von Polen, Ungarn usw., unter den NATO-Schirm zu kriechen. Wenn Moskau wie zu schlimmsten Kalten-Krieg-Zeiten an der Sicherheit Europas rüttelt, stellt sich der Erweiterungs-Fall in all seiner Schärfe. Dann muß im Politik-Mix die Eindämmung schwerer wiegen als die Einbindung.

Doch ist Jelzin nicht Stalin - und das halb-republikanische Rußland nicht die Sowjetunion; im Zweifel also für den Angeklagten, zumal keine harte Entscheidung hier und heute getroffen werden muß. In Wahrheit muß die NATO über sich selbst nachdenken:

Was muß sie sein, um das nächste Jahrhundert intakt erreichen zu können? Ein echtes, schlagkräftiges Bündnis oder ein Fühlwohl-Verein, der jedermann die Mitgliedschaft gewährt - ganz gleich, ob der die Kernziele teilt oder den Beitrag entrichten kann.

Die Fragen an die Beitrittschenden müssen lauten: Wollt ihr Sicherheitsproduzenten sein oder nur -konsumenten? Wollt ihr bloß ein Dach über dem Kopf oder seid ihr willens, euch der harten Disziplin eines echten Bündnisses zu unterwerfen, die besagt: 'Einer für alle, alle für einen'? Bis jetzt sind die Antworten nicht klar genug; bei Ungarn und Tschechien zum Beispiel hat man den Eindruck, daß ihnen die schiere Zugehörigkeit wichtiger ist als ein Beitrag zur Kampfkraft des Bündnisses.

Die NATO muß sich also fragen, ob sie sich nicht eine Verwässerung einhandelt; bei 16 ist der Konsens - siehe Bosnien - schon schwer genug. Ein Ausweg, der in der Studie aufscheint, ist die 'à la carte'- Mitgliedschaft: etwa außerhalb der militärischen Integration (wie Frankreich) oder ohne fremde Truppen auf dem Boden der Neuen. Die müßten sich freilich fragen, was eine Sicherheitsgarantie wert ist, die bloß auf dem Papier steht. Im Rückblick auf 1939 kennen die Polen die Antwort schon: Da wünschten ihnen England und Frankreich das Allerbeste - vom sicheren Port aus.

Schließlich: Was signalisiert die NATO-Erweiterung den Russen? Wenn das Bündnis X, Y und Z aufnimmt, bleiben A, B und C draußen und werden so stillschweigend der russischen Einflußsphäre zugeschlagen. Das ist wie mit dem deutschen Mieterschutz: gut für jene, die eine Wohnung haben - schlecht für jene, die eine suchen. Dann liefere tatsächlich eine neue Trennlinie durch Europa: Polen und Ungarn drin, die Balten und Bulgaren draußen und somit implizit dem russischen Zugriff ausgesetzt.

Die NATO ist nicht bloß ein Demokratie-Club, weshalb die rasche EU-Öffnung, zumal wegen ihrer wachstumsfördernden Impulse, das wahre Gebot der Stunde ist. Das Bündnis darf nicht zu einem zweiten OSZE-Vielvölkerverein verkommen, wo jeder mitspielen darf und niemand etwas einsetzen muß. Nachdem die Nachfrage für ihr klassisches Produkt mit dem Schwinden der strategischen Bedrohung drastisch gesunken ist, muß sie sich 'verschlanke', aber dennoch einen gut geölten Maschinenpark aufrechterhalten. Wer zu hastig 'konglomerisiert' - siehe Daimler - gefährdet den Kernbereich: ein schlagkräftiges, glaubwürdiges Bündnis von Gleichgesinnten. Ironischerweise würde eine solche NATO mehr Sicherheit nach Osten ausstrahlen als ein verwässerter Fühlwohl-Verein mit Mitgliedern erster und zweiter Klasse.